



23/SVV/0637

Antrag
öffentlich

Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße Bereich des Naturkundemuseums

<i>Einreicher:</i> Fraktion DIE LINKE	<i>Datum</i> 28.06.2023
--	----------------------------

<i>geplante Sitzungstermine</i>	<i>Gremium</i>	<i>Zuständigkeit</i>
06.09.2023	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung
21.09.2023	Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität	Vorberatung
26.09.2023	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes	Vorberatung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird erneut beauftragt, die Entsiegelung und Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße im Abschnitt vor dem Naturkundemuseum bis zur Kreuzung Schopenhauerstraße zu veranlassen.

Die Entsiegelung dieser Fläche von ca. 450 m² in einer Breite von 4,7 m bis 2,0 m ist in Anwendung von Ersatzmaßnahmen für andere Bauvorhaben umzusetzen. Nachfolgend ist ca. 50 cm tief Pflanzboden einzubringen. Die Bepflanzung ist vorzugsweise mit geeigneten trockenresistenten Bodendeckern vorzunehmen. Dabei sind bezüglich Bepflanzung und Pflege Initiativen von Bürgern einzubeziehen, sofern möglich.

Begründung:

Begründung:

Bereits mehrfach haben Bürger die Begrünung dieses Mittelstreifens zum Zwecke der Erhöhung der städtebaulichen Qualität angeregt. Auf entsprechende frühere Anträge, siehe DS 10/SVV/0415 und 10/SVV/1055, hat die Verwaltung bereits ermittelt, dass in dem Mittelstreifen Rohre und Kabel liegen, die einen tiefen Eingriff in den Untergrund ausschließen, siehe MV 10/SVV/0915. Ein oberflächennaher Einbau von Pflanzerde für niedrigwurzelnende Pflanzen ist jedoch möglich. Darum wird jetzt die Entsiegelung und die Einbringung von niedrig wachsenden Pflanzen beantragt. Damit kann diese riesige

versiegelte Verkehrsfläche etwas aufgelockert werden. Das Stadtbild wird hierdurch sichtbar verbessert.

Anlagen:

1 Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:	
Titel des Antrages:	
Drucksache Nr.:	TOP:

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung
2. Berücksichtigung im Haushaltsplan
3. Zeitliche Umsetzbarkeit
4. Inhaltliche Einordnung